

Von unserer Redakteurin  
Marie Provençal

Die grün-schwarze Landesregierung hat monatelang über ein Mobilitätsgesetz verhandelt, jetzt scheinen sich die Fraktionen geeinigt zu haben. Am kommenden Dienstag befasst sich der Ministerrat mit dem konkreten Gesetzentwurf.

**Einnahmen** Kernstück des Gesetzes ist der sogenannte Mobilitätspass. Dieser soll den Kommunen die Möglichkeit geben, durch die Einnahmen den Ausbau des ÖPNV zu finanzieren. So soll der Autoverkehr reduziert werden, was zum Klimaschutz beitragen soll. Landkreise und Städte entscheiden selbst, ob sie den Pass einführen wollen. Für die Finanzierung gibt es verschiedene Modelle, im aktuellen Gesetzesentwurf sollen zwei Möglichkeiten

„Bislang setzt die Stadt auf Anreize und nicht auf Abgaben.“

Andreas Bracht



Der Mobilitätspass soll zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots im Land beitragen.

Foto: Archiv/Veigel

# Kommt der Mobilitätspass?

**REGION** Städte in der Region zurückhaltend – Einführung ist für Kommunen im Land freiwillig

Stadt noch offen. „Derzeit ist rechtlich vieles abschließend noch nicht geklärt“, erklärt sie. Man warte noch aktuelle Untersuchungen des Landes und der Modellkommunen ab.

Auch in **Neckarsulm** müsse erst einmal geklärt werden, ob „eine solche ÖPNV-Abgabe für Neckarsulm überhaupt in Frage kommt“, erklärt Pressesprecher Andreas Bracht. „Bislang setzt die Stadt auf Anreize und nicht auf Abgaben, um den ÖPNV für die Bürger und Pendler attraktiver zu machen“, heißt es weiter. Als Partner im regionalen Mobilitätspakt für den Wirtschaftsraum Heilbronn-Neckarsulm sei man mit verschiedenen Konzepten bereits auf einem guten Weg. Dazu zähle,

die Verbesserung des betrieblichen Mobilitätsmanagements sowie das Integrierte Mobilitätskonzept Neckarsulm. Hierbei sollen CO<sub>2</sub>-Emissionen, die durch den Pendlerverkehr verursacht wurden, durch „entsprechende Verkehrlenkung“ reduziert werden. Konkret bedeutet das die Stärkung des Rad- und Fußverkehrs und des ÖPNV. Außerdem sei das Stadtbus-Angebot verbessert und um einen rein elektrisch betriebenen Sprinter-Kleinbus erweitert worden.

Aufgrund dessen „stellt sich grundsätzlich die Frage, ob eine Nahverkehrsabgabe für Neckarsulm überhaupt ein geeignetes Instrument ist, um den ÖPNV zu stärken“, erklärt der Sprecher. Diese

Grundsatzdiskussion müsse im Gemeinderat geführt werden, das sei allerdings erst möglich, wenn „die gesetzlichen Rahmenbedingungen und damit der kommunale Handlungsspielraum konkret feststehen.“ Die Stadt **Öhringen** sagt auf Anfrage ebenfalls, dass man erst einmal abwarte, was das Land final beschließt.

Neben dem Mobilitätspass sieht das Gesetz die Einführung von Radkoordinatoren vor, die Städte und Gemeinden bei Planung und Bau von Radwegen unterstützen sollen. Außerdem sollen mithilfe von Scan-Fahrzeugen Parkbereiche besser kontrolliert und Falschparker erfasst werden.

**Meinung „Kompliziert“**

## Zukunftsfahrplan

Um den Zugverkehr in Baden-Württemberg zu stärken, hat das Landesverkehrsministerium den Zukunftsfahrplan ins Leben gerufen. Die Landesregierung will so gemeinsam mit verschiedenen Interessensgruppen den Ausbau gestalten, am Montag startete die **Konzeptphase**. Ziel ist, dass Bus und Bahn in Ballungsräumen im 15-Minuten-Takt fahren, auf dem Land im **30-Minuten-Takt**. Die Einführung soll stufenweise erfolgen. In den ersten Etappen bis 2028 und 2034 sollen bereits beschlossene Ausbaumaßnahmen der Schieneninfrastruktur starten, so das Verkehrsministerium. *mjp*

enthalten sein.

Dazu zählt der Kfz-Halterbetrag, hierbei zahlen alle Fahrzeughalter eine Abgabe an die Gemeinde, die Einnahmen werden in den ÖPNV investiert, im Gegenzug erhalten Einwohner ein Mobilitätsguthaben. Weiter gibt es die Option des Einwohnerbeitrags. Hier zahlen alle Einwohner einen Beitrag an die Gemeinde, Einwohner erhalten im Gegenzug wiederum ein Mobilitätsguthaben.

Gestrichen wurde auf Druck der CDU die Möglichkeit des Arbeitgeberbeitrages. Hier zahlen Arbeitgeber ab einer bestimmten Größe einen Beitrag an die Gemeinde, im Gegenzug erhalten sie Mobilitätsguthaben für ihre Mitarbeitenden. Ebenfalls verzichtet wurde auf die Option der Citymaut, bei der für die Nutzung der Straße eine Abgabe gezahlt werden sollte.

Noch ist das Gesetz nicht final verabschiedet. In welchen Gemeinden der Region der Mobilitätspass tatsächlich eingeführt wird, bleibt abzuwarten. Ob der Mobilitätspass in der Stadt **Heilbronn** eingeführt wird, ist laut einer Sprecherin der